

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

| | | |
|-----------------------------------|-------------------|------------|
| Stadtamt | Stellungnahme-Nr. | Datum |
| Amt 50 | S0237/08 | 20.10.2008 |
| zum/zur | | |
| F0163/08 der SPD-Fraktion | | |
| Bezeichnung | | |
| Arbeitsmarktpolitische Leitlinien | | |
| Verteiler | Tag | |
| Der Oberbürgermeister | 28.10.2008 | |

Wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der Marktersatzleistungen im Jahr 2009 wird die vom Bundeskabinett beschlossene Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente haben. Das Arbeitsförderungsinstrument Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) wird voraussichtlich mit Verabschiedung des Gesetzes zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente 2009 für Arbeitslosengeld II-Empfänger nicht mehr zur Verfügung stehen. Durch die Abschaffung der ABM für die SGB II-Kunden werden den lokalen Akteuren Handlungsspielräume genommen. Die geplante Instrumentenreform ist zumindest in diesem Punkt aus kommunaler Sicht höchst bedenklich.

Ab 2009 werden deshalb im Bereich der Marktersatzleistungen nur noch zwei Instrumente zur Verfügung stehen. Neben den weitverbreiteten Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH-MAE landläufig 1-Euro-Jobs genannt) werden die Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante (AGH-EGV) Anwendung finden. Diese AGH-EGV haben die gleichen positiven Auswirkungen auf die Entwicklung der KdU wie die ABM.

Die Landeshauptstadt Magdeburg wirkt als Gesellschafter der ARGE weiter auf einen Anstieg von AGH-EGV hin, um eine weitere Reduzierung der KdU zu erreichen. Die Landeshauptstadt Magdeburg kann jedoch nicht alleine über das Eingliederungsbudget verfügen, insbesondere weil die Agentur für Arbeit Magdeburg als zweiter Gesellschafter die letztendliche Gewährleistungsverantwortung für den Eingliederungstitel trägt. Diese möchte eine signifikante Reduzierung der passiven Leistungen vorrangig durch eine bessere Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt und der damit verbundenen Bestandsreduzierung von Leistungsempfängern erreichen. Dabei sollen die Teilnehmerbestände in Maßnahmen nicht wesentlich reduziert werden, was eine Erhöhung der AGH-EGV zur Folge hätte.

Zurzeit wird durch die ARGE Magdeburg das Gesamtkonzept für 2009 unter Berücksichtigung der Positionen der beiden Gesellschafter Agentur für Arbeit Magdeburg und Landeshauptstadt Magdeburg erarbeitet. Danach sind zum jetzigen Zeitpunkt 2.300 AGH-MAE und 700 AGH-EGV geplant. Dieses wäre eine deutliche prozentuale Steigerung von Marktersatzleistungen in Entgeltvarianten, die insbesondere auf das Engagement der Landeshauptstadt Magdeburg zurückzuführen wäre. Auch weiterhin wird die Landeshauptstadt auf allen Ebenen sich für einen Ausbau der AGH-EGV einsetzen.

Bröcker